chengladbach, Dr. Ulrich Firnhaber, wies darauf hin, er stimme in der Meinung überein, daß an dem Inhalt der Bewährungshilfe, die sich so, wie sie rechtlich ausgestaltet sei, bewährt habe, nichts geändert werden solle. „Das heißt: Fallaufsicht beim Richter, Einzelaufsicht beim Bewährungshelfer, wie bisher“, sagte der Präsident. So müßte es nach dem Gesetz, aber auch nach der Verfassung bleiben. „Dieses alles sind ja Eingriffe in die Privatsphäre des einzelnen, und dafür kann nur der Richter letztendlich verantwortlich sein. Eine dritte Fachaufsicht, ein Dritter ist in diesem Rahmen – jedenfalls de lege lata – nicht denkbar“, betonte Firnhaber. Das bedeute jedoch nicht, daß hinsichtlich der Organisation alles so bestehenbleiben müsse. Er kritisierte, daß der junge Bewährungshelfer „für meine Begriffe“ zu einseitig ausgebildet sei. Er sei auf Sozialhilfe eingestellt, während es bei der Justiz gleichwertig auch um Bewährung gehe.

Der Leitende Oberstaatsanwalt beim Landgericht Arnsberg, Werner Plitt, betonte, er persönlich glaube, daß sich die Arbeit unter dem Kollegialitätsprinzip erfolgreicher vollziehe als unter streng hierarchischen Strukturen. Die innere Einstellung zur Arbeit werde positiver und der Erkenntnisprozeß auf Grund kollegialer Diskussion verbessert. „Überall da, wo wir auch im Bereich der Staatsanwaltschaft mehr zu kollegialer Diskussion übergehen, klappt der Ablauf besser, als wenn jemand als Einzelkämpfer tätig ist“, sagte Plitt. Wie überall im öffentlichen Dienst sollte die Tendenz zum Abbau von Hierarchien gehen. Er befürchtete, eine Vereinheitlichung des Sozialdienstes werde zwangsläufig eine Mittelinstanz nach sich ziehen, der unteren Instanz und dem Ministerium zwischengeschaltet. „Dieses Geld sollte man besser in die untere Instanz und in Stellen für Bewährungshelfer stecken“, meinte der Oberstaatsanwalt. Er wies darauf hin, daß in Zukunft dazu übergegangen werde, in bezug auf moderne soziale Probleme als Strafrichter erfahrene Richter und nicht die jüngsten einzusetzen, die gerade erst aus der Ausbildung kämen. „Das ist ein Fehler, den man in der Praxis feststellen muß“, sagte Plitt.

Für den Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen erklärte dessen Sprecher Seefeldt, selbst in Zeiten großer Überlastung habe es sich gezeigt, daß man mit der bisherigen Struktur die Probleme meistern könne. Intensiver Überlegungen bedürfe es hingegen, wie die eigentlichen Hilfsmöglichkeiten für die Probanden verbessert werden könnten, „und zwar hinsichtlich der Beschaffung von Wohnung, Arbeit und anderer materieller Unterstützungen als auch hinsichtlich sozialpädagogischer und therapeutischer Hilfen“. Er unterstrich, sein Berufsverband bleibe bei der „schon oft erhobenen Forderung“ nach Schaffung einer Sonderlaufbahn für die Sozialarbeiter in der Strafrechtspflege. Er wandte sich gegen die Einrichtung eines Sozialdienstes Justiz, weil die Bewährungshilfe bewußt unter Vermeidung jedes Behördencharakters, jedoch mit der Betonung der persönlichen Beziehung „Proband-Bewährungshelfer“ geschaffen worden sei.

Der Richter am Landgericht Saarbrücken,

Gerd Theunissen, betonte, Befürchtungen, die in Nordrhein-Westfalen laut geworden seien, hätten sich in Saarbrücken nicht erfüllt. Trotz des Namens „Sozialdienste der Justiz“ sei nichts anderes geschaffen worden, „als im großen und ganzen“ auch hier im Lande bereits installiert worden sei. „Der Name mag zu Mißverständnissen Anlaß geben. Wir haben aber nichts anderes als eine Organisation gebildet, um die einzelnen Bewährungshelfer, die auf sich gestellt waren, zu unterstützen“, sagte der Richter. Er wies jedoch darauf hin, daß die Struktur an der Saar völlig anders sei. Schwierigkeiten gebe es zum Beispiel mit den Materialien. „Manchmal ist es tatsächlich ungeheuer schwierig, die primitivsten Dinge zu organisieren“, meinte Theunissen. In Saarbrücken seien die Bewährungshelfer zu einem guten Teil von solchen Alltagsaufgaben befreit worden. „Wir haben den Dienst zusammengefaßt, weil es anders bei uns fast gar nicht möglich war“, schloß der Richter.

Vorsitzender Richter am Landgericht Düsseldorf, Heribert Tönshoff, erklärte zur Frage nach der „Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit eines zentralen Sozialdienstes der Justiz“, er habe keine überzeugenden Argumente gefunden, die dafür sprächen. Entscheidend sei der Zweck der Bewährungshilfe, nämlich den einzelnen Probanden vor erneuter Straffälligkeit zu bewahren. Für den Bewährungshelfer als „fremde, neue Bezugsperson“ sei es außerordentlich schwierig, ein Vertrauensverhältnis herzustellen. Alles sei schädlich, was dieses Vertrauensverhältnis stören oder hindern könne. Eine solche Hierarchie, eine solche Behörde sei hinderlich und könne das Vertrauensverhältnis gar nicht erst zustande kommen lassen. Gefahren sah der Richter auch für die Personalauswahl unter den Bewährungshelfern. „Diese Bewährungshelfer sind ja Sozialarbeiter ganz eigener Art. Sie sind Einzelkämpfer“, sagte Theunissen.

Sozialoberamtsrat Reinhard Plitt, Bewährungshilfe Bielefeld, betonte, Richter und Bewährungshelfer seien durch die gemeinsam zu erledigende Arbeit fast zwangsläufig zu einem permanenten Dialog verpflichtet. „Sie lernen somit von- und miteinander“, meinte Plitt. Den Erfahrungen nach seien die Richter durchaus in der Lage, soziale Zusammenhänge zu erkennen und einzuordnen und methodisches Vorgehen zu werten, schließlich auch kompetent, zu beurteilen, ob fachlich richtig vorgegangen worden sei. Die Zusammenarbeit von Richtern und Bewährungshelfern habe in der langjährigen Praxis durchaus befriedigende Ergebnisse gebracht. Dieses Verhältnis und die partnerschaftliche Zusammenarbeit seien „nach meiner Einschätzung der inneren Situation der Bewährungshilfe“ zentrale Punkte, die die wirkungsvolle und erfolgreiche Arbeit der Bewährungshilfe begründeten. „Eine Veränderung dieser Sachlage könnte zu einer gründlichen negativen Klimaveränderung, zur Zerstörung des persönlichen Engagements und zur Reduzierung der Arbeit auf das Notwendigste führen“, sagte Plitt. Er schloß, die Folge davon bedeute, daß Bewährungshilfe schließlich „ein stumpfes Instrument“ der Verbrechensbekämpfung und Resozialisierung sein müsse.

Sozialoberamtsrat Hans W. Schmidt, Justizvollzugsanstalt Hamm, erklärte, unbeschadet einer von ihm für erforderlich gehaltenen Beibehaltung der gegenwärtigen organisatorischen Trennung der Sozialdienste des Vollzuges von den Sozialdiensten der Strafrechtspflege dürfe sich die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit als vordringliche Aufgabe erweisen. Von seiten der Bewährungshilfe und der Führungsaufsichtsstellen werde immer wieder Klage erhoben, daß die Vollzugsanstalten zu spät oder überhaupt nicht reagierten und den entsprechenden Stellen keine Kenntnis von Bewährungsentslassungen und anderer Führungsaufsicht gäben. Nachprüfungen der Klagen hätten ergeben, daß der Informationsfluß der Justizbehörden untereinander empfindlich gestört sei. Oft erhielten Vollzugsbehörden zu spät von vorzeitigen Entlassungen Kenntnis. „Ich bin daher der Meinung, daß auf örtlicher Ebene die Koordinatoren in der Bewährungshilfe, in der Führungsaufsicht und im Vollzug zu einer engeren Zusammenarbeit verpflichtet werden sollten“, meinte Schmidt. In regelmäßigen Dienstbesprechungen sollten die Berufserfahrungen ausgetauscht und konkrete Probleme der beruflichen Praxis erörtert werden.

Paul Saatkamp, Leiter des Jugendamtes Düsseldorf, unterstrich, Jugendhilfe und Bewährungshilfe seien in vielen Bereichen eng miteinander verzahnt. Zur Fachaufsicht durch den Richter meinte Saatkamp, aus den Gesetzen ergebe sich „faktisch ein Recht auf Fachaufsicht durch den Richter“. Daß sich hieraus keine echte Fachaufsicht entwickelt habe, sei vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Gerichten und Bewährungshilfe am jeweiligen Einzelfall orientiere und daß für die Arbeit des Bewährungshelfers mehrere Richter, oft von verschiedenen Gerichten, zuständig seien. Hinzu käme, daß in der Praxis die meisten Richter die Fachkompetenz des Bewährungshelfers in sozialpädagogischen Fragen respektierten und von ihrem gesetzlichen Anweisungsrecht keinen Gebrauch machten. „Die Übertragung einer generellen allgemeinen Fachaufsicht, die über den Einzelfall hinausgeht, auf den Richter, halte ich auch aus organisatorischen und vor allem aus inhaltlichen Gründen weder für durchführbar noch für wünschenswert“, betonte Saatkamp.

Gutachten: Oft zwölf Monate und länger

Die lange Verfahrensdauer bei den NRW-Sozialgerichten hat der SPD-Abgeordnete Günter Meyer zur Heide kritisiert. Im Interesse der Rechtsuchenden hält er es vor allem für erforderlich, den Sachverständigen kürzere Fristen zu setzen. Bis zur Abgabe der Gutachten vergingen oft bis zu zwölf Monate, zum Teil sogar eine noch längere Zeitspanne. – Durch ein technisches Versehen stand in dem Bericht „Ausschuß informierte sich: 47000 unerledigte Verfahren bei den nordrhein-westfälischen Sozialgerichten“ (Landtag intern 5/80, Seite 5) zwei Monate.